

PRESSEMITTEILUNG

Sperrfrist: keine

Anzahl der Anschläge: 2.867

Nähere Informationen unter: www.deutscher-verband.org

Städtebauförderung und KfW-Programme sind Erfolgsmodelle, keine Sparprogramme

Die Städtebauförderung und die KfW-Programme sind Erfolgsmodelle und wirksame Anreizinstrumente für unserer Städte und Gemeinden. Der Bund verfügt damit über die zentralen Instrumente, um angesichts drängender Zukunftsaufgaben – Energieknappheit und Klimawandel, demographische Entwicklung sowie wirtschafts- und sozialstrukturelle Umbrüche – weiterhin eine zukunftsfähige Entwicklung vor Ort zu unterstützen und mitzugestalten. Der hohe Multiplikatoreffekt der öffentlichen Finanzhilfen in den genannten Bereichen erzeugt zusätzliche öffentliche und private Investitionen und gibt wichtige Impulse für Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Ein Euro Bundesförderung löst je nach Programm sowie regionaler Ausgangslage zwischen 4 und 9 Euro an öffentlichen und privaten Folgeinvestitionen aus. Die Städtebauförderung und die KfW-Programme sind angesichts der dramatischen Finanzlage zahlreicher Kommunen unverzichtbar, um vor Ort die notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu stemmen. So werden nicht nur Stadtregionen und Großstädte unterstützt, sondern auch die Gebietskörperschaften im ländlichen Raum gefördert.

Vor diesem Hintergrund ist die geplante Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung und die KfW-Programme mit großer Besorgnis zu sehen, mehr noch: Sie ist nicht nur aus klimapolitischer und städtebaulicher Sicht kontraproduktiv, weil sie den auch im Koalitionsvertrag postulierten Zielen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien und Fraktionen entgegen steht und damit widerspricht, sondern sie ist zugleich auch ökonomisch zweifelhaft, weil sie wirtschaftliches Wachstum schwächt und damit der Selbstfinanzierungskraft der entsprechenden Investitionen den Boden entzieht. Auch wenn eine Konsolidierung des Haushaltes unbestritten geboten ist, so ist die beabsichtigte Mittelkürzung auch höchst bedenklich deshalb, weil bisher privates Kapital aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nur unzureichend eingebunden werden kann und das Vertrauen privater Investoren in öffentliche Förderprogramme geschwächt wird.

Nicht zuletzt nur aus fiskalischer Sicht ist es ein Gebot der Vernunft, die öffentlichen Mittel für die Städtebauförderung und energetischen Investitionen auf dem bisherigen Niveau zu verstetigen. Vor allem die Politik gilt es, mit den angeführten Argumenten und Hinweisen zu überzeugen. Daher haben wir den Bundesminister, Dr. Ramsauer, sowie den Bundestag und die Fraktionen angeschrieben und werden gemeinsam nach Gestaltungsmöglichkeiten suchen, um so eine Kahlschlagpolitik bei bewährten Förderinstrumenten zu verhindern. Um eine breite politische Mehrheit gegen die drastische Mittelkürzung zu erreichen, müssen gegenüber den Politikern nun insbesondere der konkrete Mehrwert und die Bedeutung der Förderung für die Entwicklung vor Ort verdeutlicht werden. Schließlich müssen wir für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Regionen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Kontakt:

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Christian Huttenloher

Generalsekretär

Littenstraße 10, 10179 Berlin

Tel. 0049-30-20 61 32 – 50; Fax. 0049-30-20 61 32 - 51

E-mail: info@deutscher-verband.org oder n.ritter@deutscher-verband.org